

## **BUND Beitrag von Olaf Bandt zum AA Call: Feminist Foreign Policy**

Die Gerechtigkeitsschere klappt immer weiter auseinander.

Während der Covid-19-Pandemie konnten die zehn reichsten Milliardäre ihr Gesamtvermögen verdoppeln, auf insgesamt 1,5 Billionen US-Dollar. Gleichzeitig leben über 160 Millionen Menschen zusätzlich in Armut. Multiple ökologische und soziale Krisen offenbaren, dass der gesellschaftliche Wandel längst überfällig ist.

Der BUND ist der Überzeugung, dass Umwelt- und Klimaschutz untrennbar von sozialer Gerechtigkeit und damit von Fragen der Geschlechtergerechtigkeit sind. Gleichzeitig ist sich der BUND der europäischen Verantwortung gegenüber Menschen des Globalen Südens bewusst.

Der Abbau von Ausbeutungsverhältnissen zwischen Nord und Süd liegt daher im Kern der Motivation des BUND sich für eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft einzusetzen.

Erst wenn deutsche Außenpolitik vorangeht und die historisch gewachsene Ungerechtigkeit anerkennt und in allen außenpolitischen Handlungsfeldern konsequent abbaut, gelingt der sozial-ökologische Übergang zum guten Leben für alle. Feministische Außenpolitik muss [intersektional](#) sein; heißt, sie begreift, dass Diskriminierungen aufgrund bestimmter Identitätsmerkmale wie Hautfarbe, Geschlecht und sexueller Orientierung gleichzeitig bestehen, zusammenwirken und neue verstärkte Formen der Diskriminierung schaffen, die die Lebensrealität und Zukunftschancen der Betroffenen beeinflusst. Die Stärkung von Rechten, Ressourcen und Repräsentanz von marginalisierten Gruppen weltweit beginnt mit der Reflexion des eigenen Handelns. Denn Deutschland und die Nationen des Globalen Nordens sind am Zug, die gewissenhafte Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit mit ausreichenden Ressourcen und politischem Engagement in Gang zu bringen und ihren außenpolitischen Einfluss für Umwelt- und soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Dahingehend müssen feministische Leitlinien, die verschiedene Dimensionen von Unterdrückung erkennen und abbauen, Grundfeste deutscher Außenpolitik werden, die die Menschenrechte konsequent würdigt und jene Länder und Unternehmen sanktioniert, die diese missachten.

Der weitreichende außenpolitische Einfluss Deutschlands verlangt auch, dass feministische Außenpolitik keine Eigenart des Auswärtigen Amts bleibt, sondern in allen Ressorts der Bundesregierung Eingang findet.

### **Biodiversität und Landnutzung**

Umweltschutz und Klimaschutz gehen Hand in Hand mit dem Schutz derer, die sich für den Erhalt unserer Ökosysteme einsetzen – oft unter Einsatz ihrer Leben. Feministische Außenpolitik sieht Naturschutz nicht nur als reines Naturschutzthema an, sondern sieht es vor allem als soziales Thema. Sie betrachtet die internationale Kooperation in der Ausweisung von Schutzzonen aus der Perspektive von marginalisierten Gruppen – und entscheidet nicht über deren Köpfe hinweg. Sie priorisiert die Sicherheit Indigener Menschen, die in ihrer Rolle als Hüter gefährdeter Ökosysteme seit Beginn der Kolonialisierung Gewalt und Ausbeutung erfahren. Dafür braucht es strukturell verankerte und politisch kohärente Schutzmechanismen, die auf der Grundlage der Menschenrechte formuliert sind. So fordert eine deutsche feministische Außenpolitik bei der Verabschiedung des Global Biodiversity Framework (GBF) bei der kommenden Vertragsstaatenkonferenz 15 der CBD eine klare Gerechtigkeitsperspektive, die über eine bloße Geschlechtergerechtigkeit hinausgeht.

Anstelle der Ausbeutung von Menschen, Bodenschätzen und des Planeten bedeutet eine feministische Außenpolitik eine Politik zum Wohl der Gemeinschaft und zur Erhaltung des Gleichgewichts der Biodiversität, der Natur und des Planeten. Das heißt, sie erkennt an, dass in internationalen Handels- und Produktionsbeziehungen die Sicherheit des Individuums die Grundlage der Sicherheit des Staates bedeutet. Diese feministische Außenpolitik muss auch die Einhaltung und Verteidigung von Menschenrechten in der Arbeitswelt sowie entlang der Handelsketten sicherstellen. Und hier liegt die Verantwortung nicht nur im eigenen Land. Frauen und andere marginalisierte Bevölkerungsgruppen

weltweit sind in ihrem Kampf um Landrechte und Artenvielfalt großen Konzernen ein Dorn im Auge und werden oftmals existenziell bedroht.

Eine deutsche feministische Außenpolitik grenzt sich ressortübergreifend und eindeutig gegen Mensch und Natur ausbeutende transnationale Wirtschafts- und Handelsinteressen ab.

Feministische Außenpolitik muss daher auch Investitionsschutzabkommen die Extraktions- und Profitinteressen von Konzernen zu einklagbaren Rechten machen (Beispiel CETA) eine klare Absage erteilen und diese nicht ratifizieren oder direkt beenden. In der Vergangenheit haben Konzerne mittels dieser Sondergerichtsbarkeiten milliardenschwere Klagen gegen ihre Gastländer geführt, Gemeinschaften und Staaten damit schwer belastet und legitime wie drängende politische Maßnahmen zum Schutz von Menschen, Natur und Klima blockiert.

Feministische Außenpolitik muss die internationalen Bestrebungen nach Ernährungssouveränität unterstützen. Bäuer\*innen und Produzent\*innen in den Ländern des Globalen Südens produzieren unter teilweise sehr schwierigen Bedingungen rund 80% der Lebensmittel weltweit. Insbesondere Frauen wird jedoch der Zugang zu Landbesitz und Bildungs- wie auch Gesundheitseinrichtungen nach wie vor häufig verwehrt. Eine feministische Außenpolitik bekämpft diese strukturelle Ungerechtigkeit und unterstützt den Nyéléni-Prozess für eine weltweite Ernährungssouveränität. Das Ziel der Bewegung für Ernährungssouveränität ist es, dass Menschen die Gestaltung ihres Lebensmittel- und Agrarsystems selbst in die Hand nehmen. Alle Menschen sollen das Recht auf und den Zugang zu gesunder, regionaler Nahrung, die ohne Ausbeutung von Natur und Menschen hergestellt und verteilt wird, haben.

### **Feministische Klimaaußenpolitik ist klimagerecht**

Die Auswirkungen der Klimakrise zeigen sich am verheerendsten im globalen Süden, wo Menschen besonders unter Dürren, Überschwemmungen und anderen Extremwetterereignissen leiden. Allerdings sind es die Länder und Unternehmen des globalen Nordens mit ihren Produktions- und Lebensweisen, die hauptverantwortlich für die Klimakrise sind. Bislang tragen sie dieser Verantwortung nicht angemessene Rechnung.

Eine feministische Klimaaußenpolitik nimmt daher die besonderen Bedürfnisse von Frauen und marginalisierten Gruppen in den Fokus und muss wichtiger Bestandteil deutscher Außenpolitik in einer Zeit sein, in der die Klimakrise die größte Herausforderung der Menschheit ist. Gleichzeitig muss Deutschland seinen fairen Anteil der Emissionsvermeidung, der Anpassungsleistungen und der finanziellen Aufwendungen zur Kompensation von Schäden und Verlusten durch den Klimawandel tragen. Rechtlich bindende Maßnahmen, ausreichend Mittel und der Schuldenerlass für vulnerable Staaten sind Wege, für die sich deutsche Klimaaußenpolitik stark machen muss.

Deutschland ist federführender Initiator von wegweisenden Organen wie der NDC Partnerschaft sowie der NAMA Facility und institutionalisiert Klimaschutzmaßnahmen über die entsprechenden Initiativen des BMWK und BMZ. Diese einflussreiche Rolle kann sich die deutsche feministische Klimaaußenpolitik zu Nutzen machen, um eindeutige Leitlinien und Bedingungen auf Basis intersektionaler Gleichberechtigung und Gerechtigkeit prioritär für Klimafinanzierung und internationale Klimaschutzprojekte festzulegen. Das bedeutet, die besondere Exposition von Frauen und marginalisierten Gruppen an die Klimafolgen anzuerkennen und den Schutz vor den Folgen des Klimawandels mit ausreichend Ressourcen und Konsequenz in Instrumenten des internationalen Klimaschutzes festzuschreiben.

Die Klimaaußenpolitik Deutschlands muss die Hüterin der Menschenrechte und damit klimagerecht werden. Klimaaußenpolitik auf den Säulen intersektionaler Gerechtigkeit bedeutet, die Menschenrechte zu verteidigen und die Lebensgrundlagen zu schützen, die durch den im globalen Norden verursachten Klimawandel zerstört wurden und stetig zerstört werden. Die größten Verursacher, darunter Deutschland und multinationale Unternehmen, verletzen zum Wohle der Profitmaximierung und auf Basis fossiler Energieträger tagtäglich Menschenrechte, indem die Lebensgrundlage vieler zerstört wird. Es braucht daher gesetzliche Rahmenwerke, die als klar definierte Leitplanken das weitere Anheizen der Klimakrise in der gesamten Lieferkette eindämmen

und verhindern, dass Menschenrechte missachtet werden. Hierzu gehört auch die rechtlich bindende Verpflichtung des Privatsektors zur Ausübung klimabezogener Sorgfalt und der Dekarbonisierung sowie der Reduktion von Treibhausgasemissionen in der vor- und nachgelagerte Wertschöpfungskette. Dabei stünde Deutschland nicht nur der Einsatz für ein starkes EU-Lieferkettengesetz mit entsprechendem Inhalt gut zu Gesicht, sondern auch die aktive Beteiligung an den Verhandlungen zu einem UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte.

### **Migration**

Die Klimakrise ist gesellschaftlicher Sprengstoff und vermag militärische Auseinandersetzungen zu induzieren oder zuzuspitzen. Anhaltende Hitzeperioden, die zunehmende Zerstörung ganzer Lebensräume und die daraus resultierende Verschärfung von Konflikten verdeutlichen, dass die Klimakatastrophe auch eine Sicherheits- und Risikofrage ist. Eine deutsche feministische Außenpolitik ist daher immer demilitarisierend sowie friedentiftend und erkennt an, dass der Klimawandel die größte Bedrohung der Menschheit ist und soziale Krisen verschärft.

Nach Schätzungen der Weltbank könnten bis zum Jahr 2050 143 Millionen Menschen aufgrund der Klimakrise zur Flucht gezwungen werden. Die Migrationsbewegungen können sowohl als Ausdruck von Schäden und Verlusten angesehen werden, als auch als eine Anpassungsstrategie an die drastischen Folgen der Klimakrise. Oftmals werden sie jedoch vom traditionellen Asylrecht nicht als Fluchtgründe anerkannt und den betroffenen Personen fehlen Schutzmechanismen und Unterstützung. Der Fluchtweg birgt für marginalisierte Gruppen zusätzliche Gefahren, so sind insbesondere Frauen auf der Fluchtroute sowie in Flüchtlingslagern der Gefahr sexueller Gewalt ausgesetzt und werden schneller zur Zielscheibe von Menschenhändlern. Darüber hinaus bleibt oft unsichtbar, dass Teile der Bevölkerung beispielsweise ökonomisch, sozial oder gesundheitlich bedingt nicht die Möglichkeit zur Flucht haben und in zunehmend unwirtlichen Bedingungen leben müssen.

Eine feministische Außenpolitik setzt sich dafür ein, dass Menschen in ihrem Lebensumfeld sicher leben können und ihre Bedürfnisse erfüllt sind. Darüber hinaus sorgt sie für sichere Fluchtrouten und setzt sich für einen internationalen Schutzmechanismus ein. Eine kritische Reflexion fängt dabei vor der eigenen Haustür an und korrigiert aktiv die menschenrechtswidrigen Umstände an den europäischen Außengrenzen.

### **Fazit**

Die multiplen Krisen der Gegenwart zeigen, dass ein grundlegender Perspektivwechsel in allen Feldern der internationalen Politik unabdingbar ist. Eine feministische Außenpolitik darf hier nicht auf der Ebene der schönen Worte verweilen, sondern muss über alle Politikfelder hinweg grundlegend bestehende Paradigmen und Machtverhältnisse hinterfragen. Nur so kann sie einen wertvollen Beitrag zu einer internationalen Ordnung leisten, die patriarchale und koloniale Muster durchbricht und allen Menschen ein gutes und sicheres Lebensumfeld garantiert.